

Agitation wird zu Ideologie

Zu: „Heimat ist eine Ideologie...“, FR-Feuilleton vom 17. Juli

Thomas Ebermann sollte eigentlich wissen, dass der Begriff Heimat keinesfalls nur bei der Rechten kursiert und allein dort seine bekannte Bedeutung hat. Natürlich kann man Idyll, Vertrautheit, Harmonie, Verwurzelung, wie sie Ebermann aufzählt, nicht links umdeuten. Dass aber Heimat kein Begriff ist, bei allem Missbrauch, der allein einer deutschstämmelnden Ideologie angehört und von vorneherein faschismusverdächtig ist, hätte man auch schon beim Kommunistischen Bund wissen müssen. Alle von den Nazis Verjagten und Geflohenen, angefangen bei Johannes R. Becher bis zu Adorno und Ernst Bloch, war Heimat ein absolut positiv besetzter Begriff. Wer kennt nicht den letzten Satz aus Blochs Prinzip Hoffnung: Habe der Mensch „sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat“. Ein Blick in Adornos Miniaturen zum idealisierten Amorbach ließe Ähnliches erkennen. So lobenswert die Agitation gegen den ideologisierten Gebrauch des Begriffs Heimat auch ist, er sollte nicht selbst zu Ideologie werden.

Michael Dallapiazza, Prato/Bologna (I)

Wo ich ohne Zwang leben kann

Das Interview eröffnet keinen Weg, auch andere Gedanken über Heimat zu äußern als abwehrende. Mit Heimat habe ich noch nie ein „Idyll“ verbunden, auch nicht mit „Verwurzelung“ und auf keinen Fall mit „Volksgemeinschaft“, um nur einige der Verknüpfungen des Interviews herauszugreifen, die damit den Begriff in der nationalistischen Ecke verorten. Ich finde heimatliche Gefühle bei Menschen, mit denen ich offen und auch heftig diskutieren kann – gerne auch in meiner Muttersprache –, wo ich als Frau ohne Zwang leben kann, wo ich respektiert werde. Meine heimatlichen Gefühle sind nicht auf eine Region in der Welt beschränkt, obwohl es einfacher ist, Kinder in einer den Eltern und ihnen vertraut werdenden Umgebung aufwachsen zu lassen.

Gudrun Nositschka, Mechernich

Diskussion: frblog.de/heimat-3

Differenz zum alten Porto

Zu: „Post erhöht die Preise“, FR-Wirtschaft vom 2. Juli

Ich habe am 1.7. auf der Postfiliale Bruchköbel versucht, Zehn-Cent-Briefmarken zu kaufen. Es gibt keine! Die Post erhöht das Porto und vergisst offenbar, die Differenzmarken zum bisherigen Porto in ausreichender Menge zu drucken. In welchem Land leben wir? Joachim Kietzmann, Bruchköbel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, der soeben zum neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ernannt worden ist, und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?

23. Juli 2019, 18 Uhr
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

5. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Der Schleudersitz der Nation

Annegret Kramp-Karrenbauer ist Verteidigungsministerin: „Gewagtes Manöver“, FR-Titel vom 18. Juli

AKK muss sich schnell sachkundig machen

Unabhängig von der Person Kramp-Karrenbauer hätte die Bundeswehr einen Minister/eine Ministerin mit Sachverstand für die komplexen Strukturen einer Verteidigungsmacht verdient. Das BMV ist eben nicht irgendein Ministerium, das man mit herkömmlichen, politischen und kaufmännischen Fähigkeiten leiten kann. Es geht immerhin um die Verteidigung des Landes, um spezifische Ausrüstung und Ausstattung, mit der ein Bürger im zivilen Leben keinen Berührungspunkt hat. Dazu kommt noch eine strikte hierarchische Struktur, die in der Wirtschaft begründeterweise langsam aufgelöst wird.

Es existieren zudem uralte Beschaffungswege, Formulare, Nachweise und Restriktionen. Dies sind nur einige Fakten eines überaus komplexen Ministeriums, dessen Mitarbeiter – so sie in Uniform dienen – auch damit rechnen müssen, ihr Leben nicht zu behalten. Ich hoffe, für die Bundeswehr, dass sich die Ministerin schnell sachkundig machen kann und im Sinne der Soldaten Entscheidungen trifft.

Viola Schneider, Kassel

Mit der Faust auf die Tischplatte

Annegret Kramp-Karrenbauer hat nach der Übernahme Ihres Amtes als Parteivorsitzende erklärt, sie wolle sich ganz auf ihre Parteiarbeit konzentrieren, und sorgfältig den Eindruck vermeiden, dass sie nach höheren Ämtern strebe. Das Gegenteil hat sie nun getan. Sie muss jetzt damit rechnen, dass ihr die Öffentlichkeit künftige Erklärungen nur noch mit großer Skepsis abnimmt.

Die Qualität der politischen Entscheidungen der Bundes-

kanzlerin nimmt ab. Sie ist schon überlang im Amt. Im Ruhestand fällt ein gelegentliches Zittern nicht auf. Es wäre klüger gewesen, sie hätte einen mit sicherheitspolitischem Sachverstand ausgestatteten Vier-Sterne-General in den Ruhestand versetzt und am nächsten Tage zum Verteidigungsminister ernannt, einen gestandenen Mann, der auch einmal krachend seine Faust auf die Schreibtischplatte knallt, wenn etwas schief läuft. Jede Armee braucht so einen Mann. Der Leserbriefschreiber weiß, wovon er redet, denn er war Berufsoffizier. Frauen haben andere Qualitäten, die an einer anderen Stelle und zu einer anderen Zeit eher gebraucht werden. Otfried Schrot, Ronnenberg

Merkel interessiert sich nicht für die Bundeswehr

Das Berliner Verteidigungsministerium entwickelte sich in den vergangenen Jahren zum Minenfeld und Schleudersitz für politische Karrieren. Als vorläufig letzte Ministerin musste Ursula von der Leyen diese Erfahrung machen, die es, nachdem Kanzlerin Merkel die Reißleine gezogen hatte, sogar bis ins ferne Brüssel katapultierte.

Bundeskanzlerin Merkel hat mit der Ernennung der sicherheits- und verteidigungspolitisch vollkommen unerfahrenen Kramp-Karrenbauer einmal mehr bewiesen, dass sie die Belange der Bundeswehr, die im Ernstfall immerhin die Aufgabe hat, dieses Land und seine Bürger zu verteidigen, nicht im geringsten schätzt und interessiert. Kramp-Karrenbauer hat als CDU-Vorsitzende hauptsächlich durch Fehlentscheidungen, Unbeholfenheit und derbe Witze von sich reden gemacht. Es ist zweifelhaft, ob sie den Trümmerhaufen in Ordnung bringen kann, den ihr Ursula von der Leyen hinterlassen hat.

Der direkte Sprung vom Verteidigungsministerium ins Kanzleramt wäre in der Geschichte der Bundesrepublik jedenfalls ein Novum. Sollte es ihr in der kurzen Zeit bis zum Jahr 2021 wider Erwarten gelingen, die Bundeswehr zu einem Aushängeschild zu machen, wäre dies eine 1a-Bewerbung für ihre Kanzlerkandidatur. Andernfalls wird auch sie sich in die Riege der auf diesem Posten politisch gescheiterten Vorgänger einreihen müssen. Für die Union würde dies bedeuten, dass Kramp-Karrenbauer den Bürgern im nächsten Bundestagswahlkampf als Alternative zu Angela Merkel kaum noch zu vermitteln wäre.

Unter diesem Aspekt wird auch verständlich, weshalb die potenziellen alternativen Kronprinzen, die Ministerpräsidenten Laschet, Günther und Söder, die „Beförderung“ der Kronprinzessin Kramp-Karrenbauer auf den „Schleudersitz der Nation“ ausdrücklich begrüßen. Am Ende könnte der „scharrenden“ männlichen Konkurrenz jedoch „Mutti“ Merkel einen Strich durch die Rechnung machen. Denn angesichts der höchst unsicheren Weltlage wäre es bei diesem Szenario nicht gänzlich auszuschließen, dass die „mächtigste Frau der Welt“ sich zum Rückzug vom Rückzug bereit erklärt und im Jahre 2021 noch einmal als Spitzenkandidatin der Union antritt. Mit dann 67 Jahren fängt das (politische) Leben schließlich erst an.

Eine mögliche erneute Kanzlerkandidatur Merkels dürfte dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder bereits jetzt den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Die Bundestagswahl 2021 könnte sich für die CSU unter diesen Annahmen wie im Jahre 2017 zu einer Merkel-Protestwahl entwickeln.

Alfred Kastner, Weiden

Klößner agiert nicht sachgerecht

Zu: „Der Verbraucher will wissen, warum Fleisch mehr kostet“, FR-Wirtschaft vom 12. Juli

Bundesagrarministerin Klößner kritisiert den Einsatz von Reserveantibiotika in der Geflügelmast. Er könne schwerwiegende Auswirkungen auf unser aller Gesundheit haben. Ja, es gibt viele Erkrankungen und Todesfälle durch Infektionen mit antibiotikaresistenten Bakterien, die aus der Landwirtschaft stammen, allerdings nicht nur aufgrund der Anwendung von Reserveantibiotika in der Geflügelmast. Jeglicher Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung, auch in der Schweineproduktion und Milchviehhaltung, erzeugt resistente, für den Menschen gefährliche Bakterien. Frau Klößner agiert deshalb nicht sachgerecht.

Und dann erzählt sie auch noch, sie wolle mit Vertretern der Geflügelwirtschaft reden. In welchem Zustand ist der Rechtsstaat, wenn eine führende Politikerin in diesem Rechtsstaat offenbar mit einem Wirtschaftsverband darüber verhandelt und

Vereinbarungen trifft, ob und welchem Umfang industrielle Tierhalter auf Gesundheit und Leben der Bürger Rücksicht zu nehmen haben. Das kann doch im Rechtsstaat nicht verhandelbar sein!

Das Grundgesetz gibt jedem Menschen das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus ein Recht auf Gesundheit und eine einklagbare Schutzpflicht des Staates entwickelt. Diese Schutzpflicht erfordert eine staatliche Risikovorsorge. Für die Vermeidung von Gesundheitsschäden durch die Produktion antibiotikaresistenter Bakterien in landwirtschaftlichen Tierhaltungen bieten meines Erachtens das Infektionsschutzgesetz und das Bundesimmissionschutzgesetz diese Risikovorsorge. Das Infektionsschutzgesetz gebietet Maßnahmen gegen das Auftreten übertragbarer Krankheiten.

Das Bundesimmissionschutzgesetz legt nicht nur fest, dass Anlagen, von denen schädliche Umweltwirkungen und Gefahren ausgehen, nicht genehmigungsfähig sind. Es verbietet sogar die Genehmigung von Anlagen, bei denen lediglich ein Gefahrenverdacht vorliegt. Und diesen Gefahrenverdacht hat die Ministerin doch selbst, wenn sie von der Möglichkeit schwerwiegender Auswirkungen auf unser aller Gesundheit spricht. Frau Klößner ist als Leiterin einer staatlichen Verwaltung in besonderem Maße verpflichtet, gesetzmäßig zu handeln. Das hat sie auch in ihrem Amtseid geschworen. Über die Gründe, warum sie Verfassung und Gesetze nicht beachtet, kann ich nur mutmaßen.

Hans Nositschka, Mechernich

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht. Siehe frblog.de/lf-20190716